

ANZEIGE

Bestes Rating trifft ...

Broschüre präsentiert

VP Bank «lebt die Nachhaltigkeit»

VADUZ Das Engagement im Stammhaus unterstütze das gruppenweite Bekenntnis der VP Bank zur Nachhaltigkeit. Die Bankengruppe bekennt sich gemäss einer Mitteilung zum Prinzip des nachhaltigen Handelns. «Die Ausrichtung auf nachhaltige Unternehmensführung und gesellschaftliche Verantwortung ist für die VP Bank ein wesentlicher Faktor erfolgreicher unternehmerischer Tätigkeit. Dieses Engagement ist in vielen Bereichen sichtbar», heisst es weiter. Eines dieser ist der «Volunteering Day», wo einen Tag lang Freiwilligenarbeit geleistet wird. Seit Mai dieses Jahres stellt die Bank ihren Mitarbeitenden in Vaduz und Triesen kostenlose e-Bikes zur Verfügung. Damit können Mitarbeiter nicht nur aktiv sein, sondern sie bieten auch eine umweltfreundliche Alternative zum motorisierten Verkehr. (eps)

Der Arbeitskampf à la française liegt den Schweizern nicht

Streiks Beim Thema Stellenabbau gehen die Wogen auch in der Schweiz hoch. Doch wochenlange Proteste, wie derzeit in Frankreich gegen die Arbeitsrechtsreform, gibt es nicht. In Frankreich seien die Gewerkschaften militanter, die Mentalität eine andere, sagen Experten.

VON MAJA BRINER, SDA

«Der Aufruf zu Widerstand hat in Frankreich Tradition», sagt Rudolf Strahm, Ökonom und ehemaliger Preisüberwacher. Auch der Basler Wirtschaftsprüfer George Sheldon spricht von einer Mentalitätsfrage: «Immer wenn es um Reformen geht, gehen in Frankreich alle auf die Strasse.» Hinzu kommen die französischen Gewerkschaften, die mit harten Bandagen kämpfen. In Frankreich seien die Gewerkschaften militanter als in der Schweiz oder Deutschland, sagt der Soziologe Franz Schultheis von der Universität St. Gallen im Gespräch mit der Nachrichtenagentur SDA. «In Frankreich mussten die Gewerkschaften sehr lange für ein modernes Arbeitsrecht kämpfen, entsprechend hart verteidigen sie es nun», erklärt er. Eine französische Besonderheit sei die aggressive Art, das Instrument des Streiks einzusetzen. «In Frankreich können fünf Mechaniker an der Endstation der Métro streiken und das halbe Netz lahmlegen.» Gerade zwischen der Schweiz und Frankreich gibt es laut Schultheis grosse Unterschiede - die beiden

Länder seien «quasi die Antipoden» in diesem Bereich. Das belegt auch eine Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW): Von 2005 bis 2014 ging in der Schweiz pro Jahr im Schnitt ein einziger Arbeitstag je 1000 Beschäftigte durch Streiks verloren; in Frankreich waren es 124 Tage.

Schweiz für Sozialpartnerschaft

Dass in der Schweiz weniger gestreikt wird als beispielsweise in Frankreich oder Italien, hängt laut Schultheis auch mit der konjunkturellen Entwicklung zusammen, aber nicht nur. In der Schweiz wirke das Trauma des Landesstreiks von 1918 nach, die Tradition der Sozialpartnerschaft werde hochgehalten. In Frankreich hingegen würden die Arbeitgeber als Feindbilder gesehen - nicht zu Unrecht, wie Schultheis meint: In Frankreich sei der Kapitalismus wilder, der Druck auf die Arbeitnehmer grösser.

Gute Sozialpartnerschaft ermögliche es in der Schweiz, Lösungen zu finden, sagt Thomas Geiser, Arbeitsrechtsexperte der Universität St. Gallen. Als Nachteil sieht er beim Schweizer System, dass die Gewerkschaften in gewissen Bereichen relativ schwach seien. So habe die Schweiz einen «sehr schwachen

Kündigungsschutz» und sei bezüglich Mutterschaftsurlaub respektive Elternzeit relativ rückständig. Dass es in Frankreich Proteste gegen die Arbeitsrechtsreform gibt, erstaunt Geiser nicht. «Es geht um eine ganz wesentliche Frage, die fast alle betrifft.» Gäbe es in der Schweiz grössere Reformen, würden diese auch Diskussionen auslösen, zeigt er sich überzeugt.

Klar ist: Die Schweizer Wirtschaft steht deutlich besser da als die französische. Der Sozialdemokrat Rudolf Strahm bezeichnet Frankreich als «Globalisierungsoffer». Die auf Massengüter ausgerichtete französische Wirtschaft sei heute nicht mehr konkurrenzfähig. Als Ursachen sieht Strahm auch das Bildungssystem und die hohe Akademikerrate.

Arbeitsökonom George Sheldon von der Universität Basel stellt einen gewissen «Starrsinn» fest. In Frankreich werde der strukturelle Wandel nicht akzeptiert, sagt er mit Verweis auf die Deindustrialisierung. In der Schweiz sei das anders - hier gebe es eine Bereitschaft, den Wandel anzunehmen. Die Schweiz sei indes auch in der komfortableren Situation: «Wenn irgendwo Arbeitsplätze verloren gehen, entstehen anderswo neue.»

Dritter Standort

Anwaltskanzlei eröffnet in Zürich

ZÜRICH/SCHAAN Die liechtensteinische Anwaltskanzlei Schwärzler Rechtsanwälte hat nach der Übernahme der Advokatur Fischer und Partner AG (AFP) ein Büro in Zürich eröffnet. Nach Schaan und Zug ist dies der dritte Standort des Unternehmens, wie es in einer Mitteilung heisst. Schwärzler Rechtsanwälte haben bereits im August 2015 nach dem Ableben des Gründers Daniel Fischer dessen Unternehmen übernommen. Beide Kanzleien hätten in den letzten Jahren eng zusammengearbeitet. Bereits zu Lebzeiten regelte Fischer seine Nachfolge. Das bestehende Team wurde von der Kanzlei Schwärzler Rechtsanwälte übernommen, um Kontinuität zu sichern. Anfang Juni werden nun die neubezogenen Räumlichkeiten in Zürich offiziell eröffnet. (red/pd)

Grosses Wachstumspotenzial

Tourismusbranche reagiert auf Zunahme der Senioren

BERN Die Suche nach behindertengerechten Hotels in der Schweiz soll einfacher werden. Hotellerieuisse und Schweiz Tourismus wollen künftig Informationen zur Barrierefreiheit in den Hotels online stellen. Die Branche reagiert damit auf die wachsende Zahl an Senioren. Diese seien die «treibende Kraft des barrierefreien Tourismus», schreiben hotellerieuisse und Schweiz Tourismus in einer Medienmitteilung vom gestrigen Freitag. Gemäss einer europäischen Studie bestünden beim barrierefreien Reisemarkt Wachstumspotenziale von bis zu 75 Prozent.

Wenige behindertengerechte Hotels

«Jede Bemühung, Reisebarrieren zu reduzieren oder ganz aus dem Weg zu schaffen, erzeugt zusätzliche Gästepotenziale», wird Martin Nydegger von Schweiz Tourismus zitiert. Von schwellenlosen Wegen und Haltegriffen in der Dusche profitierten nicht nur Menschen, die im Rollstuhl sitzen, sondern auch Familien mit Kinderwagen, Schwangere und Senioren.

In der Schweiz ist die Suche nach behindertengerechten Hotels aber noch schwierig. Diese «unbefriedi-

gende Situation der fehlenden und mangelhaften Informationen auf den verschiedenen Vermarktungsplattformen» müsse rasch behoben werden, heisst es in der Medienmitteilung.

In den nächsten zwei Jahren sollen daher standardisierte Informationen zur Barrierefreiheit in den Hotels erfasst werden. Diese werden anschliessend auf Online-Plattformen wie swisshoteldirectory.ch und Myswitzerland.com veröffentlicht.

Kriterien wurden definiert

Barrierefreiheit werde dabei breit definiert, hiess es. Sie beinhalte rollstuhlgängige Infrastruktur, aber auch beispielsweise Angebote bei Seh- oder Hörbehinderung.

Die Claire & George Stiftung, die das Projekt initiiert hatte, hat zusammen mit Behindertenorganisationen insgesamt rund zwei Dutzend Kriterien definiert, die die Suche nach dem geeigneten Hotel erleichtern sollen. Unterstützt wird das Projekt von Innotour, dem Förderinstrument vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). (sda)

www.volksblatt.li

ANZEIGE

... hervorragende Performance.

Zwölf Milliarden Franken fliessen ins Bahnnetz

Verbesserung Der Bund will bis 2035 bis zu zwölf Milliarden Franken in den Ausbau des Bahnnetzes investieren. Am Freitag orientierte das Bundesamt für Verkehr (BAV) die kantonalen Verkehrsdirektoren über zwei mögliche Varianten.

Die Prognosen gehen davon aus, dass der Bahnverkehr von 2010 bis 2040 um rund 50 Prozent wachsen wird. Ein weiterer Ausbau des Netzes sei daher unabdingbar, schreibt das BAV in einer Mitteilung vom Freitag. An der jährlichen Konferenz des öffentlichen Verkehrs in Altdorf hat sich das BAV mit den Kantonen über mögliche Stossrichtungen für den nächsten Ausbauschnitt ausgetauscht. Zur Debatte stehen zwei Varianten: Bis 2030 sollen Projekte für

rund sieben Milliarden Franken umgesetzt werden, oder bis 2035 sind Ausbauten für rund zwölf Milliarden Franken vorgesehen. Die Finanzierung läuft über den Bahninfrastrukturfonds des Bundes.

Ein Teil der Mittel soll für den Ausbau bei Privatbahnen und für Bereiche wie behindertengerechte Perron- und Abstellanlagen eingesetzt werden. Zudem soll für bestimmte Projekte eine Vorfinanzierung geprüft werden. Der Bund wird die Arbeiten in den nächsten Monaten in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Transportunternehmen vertiefen. In einem Jahr wird der Bundesrat die Vernehmlassungsvorlage zum nächsten Bahn-Ausbau schritt verabschieden. Das letzte Wort wird das Parlament haben, sofern nicht das Stimmvolk in einem Referendum entscheidet. (sda)

Das SBB-Netz soll ausgebaut werden. (Foto: SBB)



ANZEIGE

Profitieren Sie von einer hervorragenden Performance mit besten Auszeichnungen.

Vereinbaren Sie einen Termin.
www.llb.li/kontakt

Liechtensteinische Landesbank 1861
Tradition trifft Innovation.